

Landratsamt Wunsiedel i. Fichtelgebirge

Datenschutzhinweise gemäß Artikel 13 und 14 DSGVO

Erklärung nach § 5 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

Name und Kontaktdaten der verantwortlichen Stelle

Landratsamt Wunsiedel i. Fichtelgebirge
Jean-Paul-Straße 9
95632 Wunsiedel

Telefonnummer: 09232/80-0

E-Mail-Adresse: info@landkreis-wunsiedel.de

Kontakt Daten des Datenschutzbeauftragten:

Landratsamt Wunsiedel i. Fichtelgebirge
Datenschutzbeauftragter
Jean-Paul-Straße 9
95632 Wunsiedel

Telefonnummer: 09232/80-561

E-Mail-Adresse: datenschutz@landkreis-wunsiedel.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Im Rahmen der Bearbeitung Ihrer Erklärung über die Absicht des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit sowie zum Zwecke der Vorberatung hinsichtlich des angestrebten Einbürgerungsverfahrens werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet.

Diese Datenverarbeitung basiert auf Art. 6 Abs. 1 Buchst. e) DSGVO i. V. m. § 5 sowie §§ 31, 32, 33, 34, 36 u. 37 des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) sowie § 88 Abs. 3 Satz 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) u. § 73 Aufenthaltsverordnung (AufenthV).

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Zur vorschriftsgemäßen Bearbeitung Ihres Antrags auf Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit wird eine Vielzahl verschiedener Stellen insbesondere auf Grundlage der §§ 32, 33, 34 u. 36 StAG konsultiert, weswegen diese auch Ihre personenbezogenen Daten erhalten, sofern die Beteiligung zur Bearbeitung notwendig ist:

Landratsamt Wunsiedel i. Fichtelgebirge

Jean-Paul-Straße 9 | 95632 Wunsiedel
T: 09232 80-0 | F: 09232 80-9555
info@landkreis-wunsiedel.de
www.landkreis-wunsiedel.de

Kontoführende Stelle

Kreiskasse Wunsiedel
IBAN DE 41 7805 0000 0620 0014 46
BIC BYLADEM1HOF
Sparkasse Hochfranken

Besuchszeiten

Montag – Freitag 08:00 – 12:00 Uhr
Donnerstag 14:00 – 17:00 Uhr
oder nach Terminvereinbarung



Ausländerbehörden, Kriminalpolizei, Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz, Bundesamt für Justiz (Bundeszentralregister), Regierung von Oberfranken, ggf. auch Bayerisches Innenministerium, Auslandsvertretungen, Grenzpolizei (zwecks Dokumentenüberprüfung auf Echtheit), Standesämter, Bundesverwaltungsamt (EStA), Staatsanwaltschaft, Landesjustizverwaltungen (Vollstreckungsportal), Finanzamt, Bayerisches Landesamt für Statistik, Kreiskasse.

Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Ihre personenbezogenen Daten werden in der Regel aufgrund entsprechender rechtlicher Vorgaben gegebenenfalls auch an Auslandsvertretungen, die sich in Drittländern befinden, übermittelt.

Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die personenbezogenen Daten werden gelöscht, sobald der Zweck für die Erhebung entfällt und keine aufbewahrungs- oder archivrechtlichen Vorgaben einer Löschung entgegenstehen. So werden Einzelfälle 30 Jahre (RdSchr. des StMI vom 6. 7. 2009 Nr. IA3-1355-24), Verzeichnisse über ausgestellte Staatsangehörigkeitsurkunden 50 Jahre (Abschnitt X Nr.1 der Bek des StMI vom 12. 10. 1982 (MABl S. 629), geändert durch die Bek vom 6. 11. 1995 (AllMBl S. 867)) aufbewahrt.

Betroffenenrechte

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die verarbeiteten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen (Art. 17 u. 18 DSGVO).

Wenn Sie in die Verarbeitung eingewilligt haben oder einen Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer Daten Widerspruch einzulegen, wenn die Verarbeitung ausschließlich auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 Buchst. e oder f DSGVO erfolgt (Art. 21 Abs. 1 S. 1 DSGVO).

Beschwerderecht

Gemäß Art. 77 DSGVO haben Sie unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde, sofern Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten rechtsmissbräuchlich ist.

Diese Beschwerde muss von der tatsächlich betroffenen Person bei einer Aufsichtsbehörde (Bayerischer Landesbeauftragter für den Datenschutz) eingereicht werden.

Quelle, aus der die personenbezogenen Daten stammen

Die Daten werden in der Regel direkt beim Betroffenen erhoben.

Bereitstellung der Daten

Die Bereitstellung Ihrer Daten ist erforderlich, um den Antrag auf Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ordnungsgemäß bearbeiten zu können. Insofern besteht, basierend auf den einschlägigen Rechtsgrundlagen des Staatsangehörigkeitsgesetzes, eine Bereitstellungspflicht.

Stand: Dezember 2022